Europäische Wirtschaftswissenschaftler für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa

– EuroMemo Gruppe –

Wege zur Bewältigung der Krisen in Europa: Eine Agenda für einen wirtschaftlichen Wandel, Solidarität und Demokratie

– EuroMemorandum 2016 –

Zusammenfassung

1. Aktuelle makroökonomische Entwicklungen, politische Maßnahmen und Alternativen für Wachstum und Beschäftigung

Europa erholt sich wirtschaftlich weiterhin nur schwach und schleppend und seine Aussichten sind düster: geringes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit. Obwohl die Wirtschaftsleistung in den meisten Ländern wieder steigt, bleibt sie in den südlichen und in vielen östlichen Mitgliedsstaaten deutlich unter dem Niveau von 2007. Ein starker makroökonomischer Impuls, der Wachstum und Beschäftigung ankurbelt, ist notwendig. Zwar gab es verstärkte geldpolitische Bemühungen in Form von 'Quantitative Easing', doch werden diese die Wirtschaft unter den aktuellen makroökonomischen Voraussetzungen – geringe Erwartungen und schwache Nachfrage – nicht wieder in Schwung bringen. Aus den gleichen Gründen wird auch der sogenannte Juncker Plan nicht den notwendigen Anstoß geben. Die Regeln zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden präzisiert, was einen gewissen Fortschritt darstellt. Allerdings wird dies den haushaltspolitischen Druck in den Krisenländern lediglich etwas dämpfen anstatt einen deutlichen Wachstumsimpuls zu setzen.

Eine koordinierte expansive Fiskalpolitik ist notwendig. Diese sollte sich darauf konzentrieren, die Beschäftigung durch die Förderung von umweltfreundlichen und gendergerechten Investitionen anzukurbeln und den Attacken auf die Sozialausgaben sollte ein Ende bereitet werden. Die Einheitswährung muss durch eine effektive Fiskalpolitik auf EU-Ebene ergänzt werden, die in der Lage ist, Abschwünge auf EU-, nationaler und regionaler Ebene zu bremsen und einen effektiven Finanztransfer zwischen reicheren und ärmeren Regionen gewährleisten kann. Dies sollte auf einem stark progressiven Steuersystem basieren und durch die Einführung eines europaweiten Systems der Arbeitslosenversicherung ergänzt werden, was gleichzeitig einen wichtigen automatischen Stabilisator darstellen würde. Die Regional- und Strukturpolitik der EU sollte gestärkt und ausgebaut werden. Dafür ist insbesondere ein umfangreiches privates und öffentliches Investitionsprogramm für Defizitländer und andere Staaten mit geringem Einkommensniveau, das durch die Europäische Investitionsbank gefördert werden könnte, notwendig.

2. Die demokratische Herausforderung

Als Konsequenz von wiederholten Spar- und Kürzungsprogrammen, die verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung und Beschäftigung in Griechenland hatten, haben die Griechen im Januar 2015 eine neue Regierung gewählt, die durch die linke Partei SYRIZA angeführt wurde. Diese strebte einen 'zufriedenstellenden Kompromiss' mit den europäischen Institutionen an. Aber im Verlauf der Verhandlungen verhärteten sich die Positionen hinsichtlich der sehr restriktiven Auflagen, die bereits vorher in den sogenannten Memoranden festgelegt worden waren. Im Juli war der griechische Ministerpräsident Tsipras gezwungen, besonders strikten Bedingungen zuzustimmen um ein neues

Hilfsprogramm bewilligt zu bekommen. Obwohl viele SYRIZA-Abgeordnete das vereinbarte Reformprogramm ablehnten, gelang es der Partei in der vorgezogenen Wahl im September die meisten ihrer Sitze zu halten. Während die Auflagen der Memoranden kaum erfüllbar sind, zielen die strengen Konditionen darauf ab, andere Mitgliedsstaaten davor abzuschrecken, die neoliberale Ordnung in Frage zu stellen.

Die Entwicklungen in Griechenland machen das wachsende demokratische Defizit in der EU deutlich. Wirtschaftspolitik wird zunehmend verfassungsrechtlichen Regeln unterworfen, wodurch sie nicht mehr im Rahmen des demokratischen Entscheidungsprozesses und auf Grundlage kollektiver Entscheidungen mitbestimmt werden kann. Gleichzeitig wurde der Begriff des 'Ausnahmezustandes' genutzt, um Gesetze durchzusetzen, die nicht mit dem Verfassungsrecht von Staaten der Eurozonen-Peripherie vereinbar sind; die am wenigstens repräsentativen europäischen Institutionen Europäische Zentralbank, Euro-Gipfel und Euro-Gruppe, die auf Basis ungeschriebener Regeln agieren, wurden mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Der Bericht der fünf Präsidenten behauptet, Wohlstand und Solidarität in Europa zu fördern, doch verstärken die Vorschläge die technokratischen Strukturen in der EU.

Das Bestreben nach einer Konstitutionalisierung der Wirtschaftspolitik belegt die tiefsitzende Furcht vor Demokratie auf Seiten der herrschenden Eliten in der EU. Für die Mehrzahl der Bürger hat Demokratie nicht nur politischen Wert, sondern kann auch eine positive ökonomische Kraft sein. Ein starker demokratischer Konsens kann ökonomische Unsicherheit deutlich reduzieren. Öffentliche Investitionen sind notwendig um zu zeigen, dass sich der Staat verpflichtet fühlt, die demokratisch vereinbarten Prioritäten zu fördern und um die Erwartungen des Privatsektors zu formen. Zwei Beispiele für aktuelle demokratisch vereinbarte Prioritäten sind der Übergang zu einer CO2-armen Wirtschaft und die Annäherung von einkommensschwachen Mitgliedsstaaten an allgemeinere EU-Standards.

3. Migration, Arbeitsmarkt und demografische Entwicklungen in der EU

Die dramatischen Bilder von tausenden Migranten, die versuchen, die EU zu erreichen, haben die europäischen Bürger schockiert und spalten die Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Frage, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll. Die derzeitigen Migrationsströme haben wieder einmal die Frage aufgeworfen, ob Migranten ökonomisch gebraucht werden. Untersuchungen über die Folgen von Migration lassen mittel- bis langfristig eindeutig von positiven Auswirkungen von Migration sowohl für die Volkswirtschaften der Zielländer als auch für die Migranten selbst ausgehen.

Die EU-Migrationspolitik ist überwiegend durch arbeitsmarktpolitische Erwägungen im Rahmen des Projekts des Europäischen Binnenmarktes bestimmt. Das Prinzip der 'Personenfreizügigkeit' im Maastricht Vertrag und später das Schengen Abkommen wurden zu den politischen Kerninstrumenten für die Kontrolle und Steuerung von Migration und Reisen von EU-Bürgern und Bürgern aus Drittländern. Obwohl die 'Personenfreizügigkeit' und der Grundsatz der Gleichbehandlung Kernelemente des Prinzips der 'Europäischen Union' an sich sind, haben EU-Richtlinien Migration von EU-Bürgern an die Bedingung geknüpft, keine 'Last' für das Gastland zu werden.

Die aktuelle Debatte über das Recht von Migranten auf sozialen Schutz überall in der EU ist eine Debatte über Solidarität und über die Neubestimmung der Grenzen der europäischen Sozialgemeinschaft. Die andauernde Krise in Griechenland ist nur ein Beispiel dafür, wie zerbrechlich das Projekt der Währungsunion von Ländern mit unterschiedlichen ökonomischen Strukturen ist, wenn es kein Pendant in Form einer Fiskalunion und keine fiskalische Solidarität gibt. Fiskalische Solidarität hinsichtlich der Unterstützung von migrierenden EU-Bürgern könnte der EU helfen, die Krise zu überwinden. Ein solidarisches Europa (statt eines Europas der Sparmaßnahmen) bietet eine bessere Grundlage, um den Tausenden von Kriegsflüchtlingen aus dem Mittleren Osten und Afrika die Hand zu reichen, ohne einer populistischen Anti-Einwandererhaltung Vorschub zu leisten. Die EU muss zum Prinzip der 'Personenfreizügigkeit' stehen, nicht zuletzt, da es wohlmöglich der

einzige Bereich ist, in dem die Menschen in Europa direkt betroffen sind und sie die kulturelle Vielfalt und die europäische, hoffentlich integrative, 'Staatsbürgerschaft' erfahren können.

4. Jugendarbeitslosigkeit in der EU

Obwohl die soziale Krise in der EU umfassend ist und alle Formen der sozialen Absicherung und alle Aspekte von Beschäftigungsverhältnissen betrifft, setzt das aktuelle EuroMemorandum 2016 einen Fokus auf die Jugendarbeitslosigkeit. Die hohe Arbeitslosigkeit von jungen Menschen ist eines der schwerwiegendsten Probleme der EU, das ganz klar das Versagen der europäischen Eliten, die Zukunft der Union zu sichern, offenbart. Während die Jugendarbeitslosigkeit in der ganzen EU gestiegen ist (Deutschland bildet hier eine Ausnahme), ist sie am schwerwiegendsten in jenen Staaten, die den Bedingungen der Troika unterworfen wurden. Der rapide Anstieg der NEET-Indikatoren (junge Menschen, die nicht in Schule, Beschäftigung oder Ausbildung sind/ 'Not in Education, Employment or Training') verdeutlicht, dass es neben den Arbeitslosen Millionen von jungen Menschen ohne Beschäftigung gibt, die kaum oder keine Beziehungen zur Arbeitswelt haben und dass dieses Problem noch dringender in der Gruppe der 25-34-Jährigen als der der 16-24-Jährigen ist. Die Einführung der Jugendgarantie während der letzten EU-Kommission war ein zu begrüßender, wenngleich sehr seltener, Impuls der EU auf dem Gebiet der Sozialpolitik, dessen finanzielle Ausstattung allerdings vollkommen unzureichend für die am stärksten betroffenen Länder ist. Die Prioritäten sowohl im Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit als auch in der europäischen Sozialpolitik insgesamt müssen dringend neu gesetzt und in sozialen Rechten verankert werden: Wettbewerbs- und Haushaltsregeln müssen an sozialen Zielen ausgerichtet sein, nicht andersherum.

5. Die Herausforderung des TTIP und die Östliche Partnerschaft

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist im Wesentlichen kein Abkommen über Handel sondern über Regulierung, das gesellschaftliche Wahlmöglichkeiten und gemeinschaftliche Präferenzen betrifft. Es betrifft das System der Regulierung auf allen Ebenen und privilegiert ausländische Investoren durch Investoren-Staat-Schiedsverfahren (investor-to-state-dispute-settlement, ISDS). Die undemokratische Art und Weise, wie das TTIP bislang verhandelt wurde, darunter der privilegierte Zugang von besonderen Interessen und die fehlende Transparenz, hat eine starke Opposition hervorgerufen. Die EU-Kommission reagierte mit einer begrenzten Erhöhung der Transparenz, einer offenbar revidierten ISDS-Version, die sich dennoch nicht mit dessen Kernproblemen auseinandersetzt und einem neuen Papier zur Handelspolitik, das neue Werte verspricht, dessen zentraler Tenor es ungeachtet dessen aber ist, den 'Koalition der Willigen'-Ansatz der reichen Länder auszuweiten und weitgehende Liberalisierung und Deregulierung aufzuerlegen. In Kombination mit der 2015 angenommenen 'Agenda für bessere Rechtssetzung' würde TTIP Regulierungsvorhaben noch deutlich stärker beeinflussen, verzögern und verhindern, bevor sie überhaupt das Europäische Parlament und den Europäischen Rat erreichten.

Regulierungen werden ausschließlich hinsichtlich ihrer Kosten für Unternehmen betrachtet anstatt auch im Hinblick auf ihre Vorteile, die ein Vielfaches der Kosten sind. Das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA geht in vielen Schlüsselbereichen sogar über das TTIP hinaus und darf nicht verabschiedet werden. Die gesetzliche Verankerung von Privatisierungen im öffentlichen Sektor und das Verbot des öffentlichen Beschaffungswesens für die lokale Entwicklung zählen zu den vielen verhängnisvollen Bestandteilen beider Abkommen. TTIP könnte ein fataler Schlag gegen die europäische Integration sein: der Europäische Binnenmarkt würde in einem transatlantischen Markt untergehen und die Perspektive einer fortschreitenden europäischen Integration dauerhaft in Frage gestellt werden. Der alternative Ansatz zur EU Handelspolitik hingegen, der hier vorgeschlagen wird, würde sowohl zum europäischen Sozialmodell als auch zu einer internationalen Wirtschaftsordnung, die auf gegenseitigem Respekt und Kooperation basiert, beitragen. Auch die von uns vorgeschlagene alternative 'gute regulatorische Praxis' zielt in diese Richtung.

Die Östliche Partnerschaft (ÖP) führt zur Ausdehnung der asymmetrischen Beziehungen in der EU, zur Deindustrialisierung der osteuropäischen Länder und zur zunehmenden Spaltung Europas und der EU. Die Assoziationsabkommen zielen direkt auf Russland und können Reaktionen mit unvorhersehbaren Konsequenzen auslösen. Eine alternative ÖP, die Beiträge zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung macht und zugleich starke regionale Dynamiken entfaltet, ist umgehend erforderlich.

Dieses EuroMemorandum stützt sich auf Diskussionen und Arbeiten, die auf dem 21. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik in Europa vom 24. – 26. September 2015 in Roskilde, Dänemark, präsentiert wurden. Der Workshop wurde von der EuroMemo Gruppe organisiert. Für das vollständige **EuroMemorandum 2016** schreiben Sie eine E-Mail an **info@euromemo.eu** oder besuchen Sie unsere Webseite:

www.euromemo.eu